

Teufels Griff in die Gemeindekassen

In Mössingen steht das Spatzennest auf dem Spiel, in Tübingen sollen 500 000 Euro bei der Kinderbetreuung gespart werden, die AIDS-Hilfe Reutlingen-Tübingen kann nur noch auf Spenden hoffen. In den Kommunen regiert der Rotstift. „Niemand ist vor Kürzungen sicher“, sagt die Tübinger Oberbürgermeisterin.

Das gilt auch für die Städte und Gemeinden selbst. Am Dienstag hat das Landeskabinett beschlossen, im Haushalt 2004 mehr als 200 Millionen Euro bei den Kommunen zu „sparen“. So werden der Ausgleichsstock für finanzschwache Gemeinden wie Starzach und Hirrlingen geplündert und Investitionszuschüsse für den Schulbau gekürzt. Ob das Geld für die Sanierung der Geschister-Scholl-Schule wie geplant fließt, ist damit fraglich.

Am härtesten trifft Städte und Gemeinden die Kürzung der Schlüsselzuweisungen (für die Kommunen frei verwendbare Mittel) um 75 Millionen Euro. Tübingen wird allein dieser Aderlass 600 000 Euro kosten. In der Summe raubt Erwin Teufels dreister Griff in die Gemeindekassen allein der Stadt Tübingen rund eine Million Euro. In den soeben veröffentlichten Horrorzahlen des Kämmerers ist das noch gar nicht berücksichtigt.

Das Stuttgarter Raubrittertum kommt zur Unzeit. In der Vergangenheit hat die große Politik zu oft Wohltaten beschlossen und die Rechnung an die Kommunen geschickt. Jetzt brechen ihnen auch noch die Einnahmen weg. Die entstehende Lücke dürfen die Kommunen anders als Bund und Land nicht durch Schulden schließen. Ohne Hilfe sind sie zum Kaputtsparen ihrer sozialen, kulturellen und materiellen Infrastruktur verdammt.

Die rot-grüne Koalition hat die Zeichen der Zeit erkannt und am letzten Freitag ein Hilfspaket für die Kommunen beschlossen. 2,5 Milliarden Euro bringt die erneuerte Gewerbesteuer zusätzlich in die Gemeindekassen, durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) werden die Kommunen um weitere 2,5 Milliarden Euro entlastet. Ab dem Jahr 2005 stehen die Kommunen gegenüber geltender Rechtslage um fünf Milliarden Euro besser da. Wird die Steuerreform vorgezogen bleiben im nächsten Jahr immer noch drei Milliarden Euro.

Für die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg macht das gut 400 Millionen Euro aus. Die Hälfte davon will sich das Land nun aneignen. Im schlimmsten Fall bleiben die Hilfen des Bundes sogar aus, weil die Landesregierung sie im Bundesrat blockiert. „Der Bund hat's gegeben, das Land hat's genommen“, müsste man dann schicksalsergeben seufzen.

Nicht verschweigen will ich, dass die Bundesregierung von den Kommunen erwartet, einen Teil der Einsparungen aus Hartz IV in die Kinderbetreuung zu investieren. Es wäre schön, wenn auch auf dem Tübinger Rathaus erkannt würde, dass wir uns Sparen an den Kindern nicht mehr leisten können.

Der Bund versucht durch mutige wiewohl hektische Reformpolitik die kommunale Investitionskraft wieder herzustellen, das Land arbeitet dagegen. Vom Erfolg des Bundes hängt die Entwicklung unseres Lebensumfeldes ab, sei es nun der Zustand der Schulgebäude, der Straßen und Wege oder der Aufbau eines regionalen Stadtbahnsystems.